

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1868**

5.6.1868 (No. 132)

# Karlsruher Zeitung.

Freitag, 3. Juni.

N. 132.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.  
Einsendungsgebühr: die gepaltene Petition oder deren Raum 3 kr. Briefe und Gelder frei.  
Erschließung: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1868.

## Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unterm 3. Juni d. J. gnädigst bewogen gefunden, den Postcontroleur Franz Haunz in Basel zum Post- und Bahnverwalter bei dem Post- und Eisenbahn-Amt Donaueschingen,

den Postpraktikanten Franz Donsbach von Ettenheim zum Postcontroleur bei dem Post- und Eisenbahn-Amt Basel, und

den Ingenieurpraktikanten Friedrich von Teuffel von Mannheim zum Bahningénieur für das Eisenbahn-Amt Donaueschingen, mit dem Sitz in Donaueschingen, zu ernennen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

† München, 3. Juni, Abends 8 Uhr. So eben ist Prinz Napoleon, vom französischen Gesandten erwartet, hier eingetroffen und im Hotel zu den Vier Jahreszeiten abgestiegen. Den offiziellen Empfang hatte der Prinz abgelehnt.

† Berlin, 4. Juni. Nach der „Nordd. Allg. Ztg.“ leidet Graf Bismarck in Folge seiner Berufsanstrengungen an einer solchen Nervenabspannung, daß eine längere Ruhe in stiller Zurückgezogenheit dringend notwendig ist.

In der heutigen Reichstags-Sitzung wurde das Bundesbudget eingebracht. Der Präsident empfiehlt Plenarvorberatung. Beschlusfassung morgen. Es folgt die Debatte über das Gesetz, betreffend die Pension der Schleswig-holsteinischen Offiziere. Präsident Delbrück erklärt die Kommissionsanträge für unannehmbar und empfiehlt dringend, den Regierungsvorschlag anzunehmen. Morgen Fortsetzung der Berathung.

### Deutschland.

○ Stuttgart, 4. Juni. Prinz Napoleon ist schon gestern Vormittag 9<sup>1/2</sup> Uhr wieder von hier abgereist, und zwar zunächst nach Kuchingen bei Geislingen, wo er von dem staubigen Etablisement, Baumwollspinnerei und Weberei, Einsicht zu nehmen beabsichtigte, für welche bekanntlich dem Chef derselben bei der Pariser Ausstellung der große Preis von 10,000 Franken wegen ihrer vorzüglichen Einrichtungen zum Wohl der Arbeiter zuerkannt worden war, dessen Betrag er wiederum diesem Etablisement, d. h. den Arbeitern, zuwendete. Von da wollte der Prinz auf dem Wege nach München einige Stunden in Ulm verweilen. An dem Dejeuner im Bärenschloßchen und auf der Solitude nahm er keinen Theil.

Zu der morgigen Feier des 50jährigen Bestehens der Akademie zu Höhenheim wird dem Vernehmen nach auch Sr. Maj. der König persönlich dort inmitten der zahlreich erwarteten Höflinge der berühmten Land- und forstwirtschaftlichen Anstalt aus früheren Jahren erscheinen.

München, 1. Juni. (Sch. W.) Auf Anregung des vorigen Landtags ist durch das jüngsthin festgestellte Budget die Gendarmerie zwar nicht, wie vielseitig gewünscht wurde,

in ein Civilinstitut umgewandelt, doch aber vom Kriegsministerium hinweg dem Ministerium des Innern unterstellt worden. Eine hienach veranlaßte Reorganisation des Instituts tritt am 1. Juli ins Leben; danach erhält jedes Bezirks-(Ober-)Amt eine Abtheilung Gendarmerie unmittelbar zugehört, welcher ein Oberbrigadier vorgezogen ist, der die Aufsicht führt über die im Bezirk stationierte Mannschaft. Das Gendarmeriekorps wird durch diese Reorganisation, unbeschadet seiner Wirksamkeit, um etwa 50 Mann und 8-10 Offiziere verringert.

An der in norddeutschen Blättern verbreiteten Nachricht, daß Preußen gegen die Niederlegung der Festungswerke von Landau Einsprache erhoben habe, ist nach bayrischen Blättern kein wahres Wort. Das bayrische Kriegsministerium hat von jeher betont, daß Landau als sturmfreier Depotplatz erhalten werden müsse, und da es nicht über die Summen verfügen kann, welche den Willen hierzu vorausgesetzt, zur Niederlegung der Festungswerke notwendig sind, so dürfte an dem bisherigen Zustand festgehalten werden. Preußen hat demnach keinen Anlaß zur Einsprache.

Darmstadt, 1. Juni. Man schreibt dem „Frkf. Journ.“: Die Amalgamirung unserer Militärverhältnisse mit den preussischen geht immer weiter vor sich. Der preussische Generalmajor v. Wittich wird demnächst hier eintreffen, um auf einige Zeit das Kommando einer der heftigsten Brigaden zu übernehmen. Derselbe wird als ältester Brigadeführer rangieren und bei der demnächstigen Abreise des Prinzen Ludwig nach England für die Dauer von dessen Abwesenheit das Kommando der Division übernehmen. Ferner wird der Oberstleutnant v. Frankenberg zu Marburg interimistisch das Kommando eines hiesigen Regiments, einem preussischen Major dasjenige eines Bataillons übertragen werden. Hiesige Offiziere verschiedener Grade führen demalen in Berlin entsprechende preussische Abtheilungen.

Gottha, 30. Mai. (Fr. Z.) Der Konflikt, den die neue Steuergesetzgebung unter den Mitgliedern des Landtags hervorgerufen, drohte bedenkliche Dimensionen anzunehmen. Es lag die Gefahr nahe, daß alle Steuervorlagen und alle Vermittlungsanträge abgelehnt würden und die Staatsregierung in die Lage komme, trotz der sehr veränderten Finanzverhältnisse noch ein Jahr lang mit dem bisherigen Etat wirtschaften zu müssen. Um aus diesem Labyrinth herauszukommen, ward gestern, auf den Vorschlag des Abg. Schwerdt, eine Fraktionsberathung gehalten, die zu dem Ergebnis führte, daß der Abg. Habicht nebst Genossen in der heutigen Sitzung des Landtags vor der Tagesordnung den Antrag einbrachte, mit Umgehung der Gewerbe- und der Grundsteuer auf Verathung des Stempelsteuer-Gesetzes einzugehen, das, wie läßt es auch sei, möglichst alle Klassen der Bevölkerung treffe. Dieser Antrag ward mit großer Majorität angenommen; ein Zusatzantrag aber, auch die auf Gegenseitigkeit gegründeten Versicherungsanstalten durch ein besonderes Einkommen- oder Gewerbesteuer-Gesetz beizugehen, um das etwa noch verbleibende Defizit zu decken, abgelehnt. Dieses Resultat führte die Beurteilung des Landtags herbei, damit nunmehr die Finanzkommission, die in den nächsten Tagen wieder zusammentreten wird, den Entwurf zum Stempelsteuer-Gesetz in Vorberathung nehme. Der Speziallandtag selbst wird am 15. Juni seine Thätigkeit wieder beginnen, vorher aber, am

8. Juni, der gemeinschaftliche Landtag auf kurze Zeit in Koburg zusammentreten.

Berlin, 3. Juni. Die wichtigste Arbeit, welche der Reichstag in der gegenwärtigen Session noch zu erledigen haben wird, ist der Bundeshaushalt für 1869; derselbe wird jedoch, da er sich im Wesentlichen dem Haushalt für 1868 genau anschließt, vermutlich nur in einigen Punkten größere Erörterungen veranlassen. Im Reichstag scheint ferner die Absicht obzuwalten, noch einen Weg zu finden, um die Entwicklung der Marine, welche durch den neulichen Beschluß über das Bundes-Schuldengesetz vorläufig gelähmt worden ist, von neuem zu sichern. Die „Prov.-Korr.“ hofft, daß die Session des Reichstags etwa gegen den 20. Juni werde geschlossen werden können.

Im Voranschlag des Budgets des Norddeutschen Bundes für das Jahr 1869 waren, wie der „Allg. Ztg.“ geschrieben wird, die Einnahmen des Bundes aus den Zöllen und Verbrauchssteuern unter Hinzurechnung der Aversionalbeiträge von Seiten der nicht zum Zollverein gehörigen Bundesgebiete auf 49,082,320 Thlr., gegen 49,488,680 Thlr. im Jahr 1868, also mit einem Minus von 406,360 Thlrn. berechnet worden. Davon kamen auf die Ein- und Ausgangs-abgaben 18,772,760 Thlr., auf die Rübenzucker-Steuer 7,762,020 Thlr., auf die Salzsteuer 7,927,280 Thlr., auf die Branntwein-Steuer und die Uebergangsabgabe von Branntwein 9,450,650 Thlr., auf die Branntalk-Steuer und die Uebergangsabgabe von Bier 2,685,360 Thlr., auf die Tabaksteuer und die Uebergangsabgabe von Tabak 247,350 Thlr., endlich auf die Aversia 2,236,320 Thlr. Bei diesen Anschlägen war jedoch nur auf die gegenwärtige Organisation und Steuererhebung des Zollvereins Rücksicht genommen. Wenn man die Ausfälle, welche den Bundeseinnahmen in Folge des Handelsvertrags mit Oesterreich bevorstehen, und die Vermehrung der Verwaltungsausgaben für die neue Organisation der Vereinsbeamten und Stationscontroleure in die Berechnung hineinzieht, so muß der Anschlag der Einnahmen um eine erhebliche Summe reduziert werden. In der Voraussetzung, daß der Anschlag aus den auf Grund des Vertrags vom 9. März 1868 zugestandenen Zollermäßigungen wenigstens zum Theil, etwa um 25 Prozent, durch geseigerete Einfuhr eine Ausgleichung finden werde, hat man berechnet, daß die Mindereinnahme für den ganzen Zollverein sich ungefähr auf 966,130 Thlr. stellen dürfte, und zwar auf 861,128 Thlr. in Folge der Zollermäßigungen und auf 105,002 Thlr. in Folge der Zollbefreiungen. Der Mehraufwand für die neue Organisation der Vereinsbeamten und die Stationscontroleure nimmt eine Summe von 134,700 Thlr. in Anspruch. Für den ganzen Zollverein würde daher die Mindereinnahme in den angeführten Kapiteln auf 1,100,830 Thlr. zu veranschlagen sein, wovon 842,580 Thlr. auf den Antheil des Norddeutschen Bundes fallen. Demnach würde in dem Voranschlag des Etats für 1869 der Posten der Ein- und Ausgangs-abgaben von 18,772,760 Thlr. um diese 842,580 Thlr., also auf 17,930,180 Thlr. zu reduzieren sein. Uebrigens würde bei den Aversien noch die Summe von 34,890 Thlr. in Wegfall kommen. Dadurch würde dann der Etat der Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern auf einen Betrag von 48,204,850 Thlr. herabgesetzt werden, in welcher Höhe der Ausschuß des Bundesraths für Rechnungswejen denselben festzustellen beantragt.

Die Matrikularbeiträge, welche von den Regierungen des Norddeutschen Bundes für das Jahr 1869 aufgebracht werden müssen, betragen 22,256,858 Thlr. gegen 19,837,567 Thlr. im Jahr 1868. Die Repartition dieser Summe auf die einzelnen Regierungen stellt sich wie folgt: es haben zu zahlen Preußen 18,629,437 Thlr., Lauenburg 37,381 Thlr., Sachsen 1,819,953 Thlr., Hessen 206,833 Thlr.,

### \* Eine Feuerprobe.

(Fortsetzung aus Nr. 128.)

„Hast Du Kopfweh, Leonhard?“  
„Ein wenig.“  
„Ach, und ich habe so gedankenlos geplaudert! Trinke Deinen Thee und bleibe recht ruhig, ich will mich so still verhalten wie eine Maus.“  
„Ist nicht nöthig, Agnes. Ich bin nur müde, das ist Alles. Es war ein ziemlich harter Tag heute. Herr Bellow hatte einige sehr verwiderte Berechnungen von einem Dresdener Haus mir zum Durchsehen übertragen, weil ich der Einzige bin, der Deutsch versteht, und das war natürlich ermüdender, als den Schiller zu lesen.“  
„Ja gewiß“, sagte Agnes in ernstem Tone, und schloß den Kopf in die Hand, und sah nachdenkend in das Feuer.  
„Demungeachtet hatte es auch sein Angenehmes“, fuhr Leonhard in heiterem Tone fort, „das Angenehme, daß ich im Stande war, meinem Herrn einen besonderen Dienst zu erweisen.“  
„Deinem Herrn!“ sagte Agnes, die Lippen trogig aufwerfend.  
„Küagne nicht das Wort, noch die Thatsache, Kind. Es ist keine Schande, ein Diener zu sein, sonst wäre ich feiner.“  
„O, Leonhard, sei nicht böse oder ungehalten wegen meiner Empfindungen. Es ist so bitter, zu denken, daß ich die Ursache von Allem bin.“  
„Von Allem? Von was denn?“  
„Daß Du in dieser Lage bist. Wäre es nicht um meinethwillen gewesen, so würdest Du nach Indien gegangen sein, wie es der Wunsch unseres Oheims war, hättest dort Dein Glück gemacht, wärest zurückgekehrt, so lange Du jung wärest, und hättest geheiratet und wärest glücklich geworden.“  
„Glücklich!“ erwiderte Leonhard in sanftem Tone. „Meine liebe Schwester, was nennst Du glücklich?“  
„O, ich weiß es wohl, daß bei Dir die Pflicht immer Glück ist.“

„Nicht immer, leider nicht oft, bei dieser unruhigen, irrenden menschlichen Natur, welche uns so sehr beherrscht. Aber, Agnes, es blieb keine Wahl in meinem Falle zwischen Pflicht und Neigung. Wäre es nicht einleuchtend Recht gewesen, hier zu bleiben und Dir ein Bruder im wahren Sinn des Wortes, nicht nur dem Namen nach zu sein, so würde ich es aus reinem Egoismus gethan haben. Nächsten Frühling, Du weißt, wenn ich meine kleine Schwester verliere, dann kann ich immer noch nach Indien gehen.“  
„O, Leonhard!“  
„O, Agnes!“ rief er mit hellem Lachen, während all der Zeit, wo Du so berecht und unvernünftig warst, ist unser Thee kalt geworden.“  
Agnes kam rasch an den Theetisch und machte sich mit aller Geschäftigkeit daran, wieder kochendes Wasser aufzugießen. Ihr Gesicht, mit dem Ausdruck tiefen Nachdenkens, sah in diesem Augenblick dem ihres Bruders ungemein ähnlich, obgleich sie ein heiteres Mädchen von 21 Jahren und ihr Bruder schon 30 Jahre alt war.  
„Aber trotz alledem“, sagte sie, wieder auf das verbotene Thema zurückkommend, „bin ich nicht überzeugt, Bruder.“  
„Nicht überzeugt, von was?“  
„Daß Du nicht glücklich geworden wärest, wenn Du Deinen Weg überm Meer gemacht hättest. Es waren so vielversprechende Aussichten.“  
„Das nenne ich wie ein echter Geschäftsmann sprechen; allein ich habe nie die Absicht gehabt, ein heimatloser Glücksritter zu werden, ich verlangte nach Nahrung für Herz und Geist. Was Reichthum und Luxus anbetrifft, so habe ich deren nie bedurft und werde sie nie begehren, nie.“  
„Sein Ton war entschieden geworden und Agnes sah zu ihm hin und schien befriedigt, fast überzeugt.“  
„Und Du bist wirklich glücklich hier, Leonhard?“  
„Glücklicher als ich es irgendwo in der weiten Welt sein könnte“, antwortete er mit einer Wärme, welche Röthe in seine bleichen Wangen hauchte und seinen Augen einen strahlenden Ausdruck verlieh.

Als der Thee abgeräumt war, setzte sich Agnes an die Arbeit, allein ehe Leonhard den Shakespeare öffnete, um den „Sturm“ zu vollenden, den er am Abend zuvor begonnen hatte, fing die kindische, rufelose Zunge wieder von dem erziehbigen Thema an, das den Anfang ihres Gesprächs gebildet hatte.  
„Bruder, Miß Bellow lud mich ein, sie zu besuchen.“  
„So, nun natürlich.“  
„Was ist das für ein Haus, das Haus Bellow?“  
„Die Villa des Herrn Bellow ist ein vollkommener Palast an Geschmack und Luxus. Du bist noch nie in Deinem Leben in einem solchen Hause gewesen, Agnes. Mr. Bellow ist einer unserer Handelsfürsten, wie Du weißt, und liebt die Pracht.“  
„Ist er ein netter Mann?“  
„Nett ist eine Bezeichnung, die ich mir in diesem Falle nicht anzuwenden getraue. Er ist ein wohlhabender alter Mann, dessen Gesicht den Ausdruck aller der Eigenschaften trägt, die ich stets an ihm gefunden habe: Ehrenhaftigkeit, Redlichkeit, Ausdauer, Redlichkeit, Stolz und unbegrenzten, unerlöschlichen Willen.“  
„Jetzt weiß ich, wie er ist. Ist Miß Bellow sein einziges Kind?“  
„Sie hat einen Bruder, ein Knabe von 14 Jahren, und zwei kleine Schwestern, bei deren Geburt ihre Mutter starb.“  
„Und ist sie denselben eine Mutter?“  
„Ja, im wahren Sinne des Wortes. Sie ist sehr liebevoll und zärtlich gegen sie. Ihre Mutter hat ihr die Sorge für dieselben anbefohlen und sie entledigt sich gewissenhaft der übertragenen heiligen Pflicht.“  
„Und die Geschwister hängen mit Liebe an ihr?“  
„Ich glaube es, wenigstens die beiden kleinen Mädchen. Alfred ist ein wilder Knabe, mit dem schwer auszukommen ist und den sein Vater seit seiner Geburt verabschiedet hat.“  
„Wahrscheinlich vernachlässigt er dagegen die Töchter?“  
„Doch nicht. Nejmunde ist ihres Vaters Augapfel.“

Mecklenburg-Schwerin 422,817 Thlr., Sachsen-Weimar 84,185 Thlr., Mecklenburg-Strelitz 78,184 Thlr., Oldenburg 116,955 Thlr., Braunschweig 227,593 Thlr., Sachsen-Meiningen 56,320 Thlr., Sachsen-Altenburg 40,907 Thlr., Anhalt 60,676 Thlr., Schwarzburg-Rudolstadt 23,378 Thlr., Schwarzburg-Sondershausen 21,307 Thlr., Waldeck 16,528 Thlr., Reuß a. L. 13,267 Thlr., Reuß j. L. 26,635 Thlr., Schaumburg-Lippe 9210 Thlr., Lippe 34,071 Thlr., Lübeck 10,903 Thlr., Bremen 84,503 Thlr., Hamburg 235,835 Thlr., Sachsen-Koburg-Gotha ist bekanntlich auf Grund der früher von ihm mit Preußen abgeschlossenen Militärkonvention für jetzt von der Beitragspflicht noch befreit. Die angegebenen Zahlen werden übrigens später noch einer Berichtigung unterliegen, sobald von Seiten der einzelnen Bundesregierungen das genaue Resultat der letzten Volkszählung vom 3. Dez. 1867 eingegangen sein wird. Da dieses Resultat in seiner letzten amtlichen Zusammenstellung bei der Anfertigung des Budgetentwurfs für 1869 noch fehlte, so blieb eben nichts Anderes übrig, als sich bei der Repartition der 22,256,858 Thlr. nach den bis dahin vorliegenden Daten über das faktische Bevölkerungsverhältnis zu richten und sich etwa notwendig werdende Berichtigungen vorzubehalten. Der Unterschied zwischen den jetzt ermittelten und den sich später herausstellenden Zahlen wird in Hinsicht auf die von den einzelnen Staaten zu zahlenden Summen jedenfalls nur ein sehr unbedeutender sein.

**Berlin, 3. Juni.** Der „Prov.-Korr.“ zufolge wird Se. Maj. der König nach Beendigung der Reichstags-Session eine Badereise antreten. Feste Bestimmungen sind darüber noch nicht getroffen. — Se. Königl. Hoheit der Kronprinz begibt sich in den nächsten Tagen nach Fürstenstein in Schlesien, um der Tauffeierlichkeit des jüngsten Kindes des Fürsten von Pless beizuwohnen. — Ueber das Befinden des Hrn. Ministerpräsidenten schreibt die „Prov.-Korr.“: Der Bundeskanzler Graf Bismarck, welcher ein rheumatisches Uebel unter den unausgesetzten Anstrengungen der jüngst verfloffenen Zeit nicht genügend beachtet hatte, war in den letzten Tagen etwas leidend, befindet sich aber jetzt in entschiedener Besserung. — Oberbürgermeister Grabow soll in letzter Zeit nicht unerheblich erkrankt sein.

**Königsberg, 29. Mai.** Gestern ist der Abg. v. Sautzen-Tarputzen wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft (in einer Wahlrede) zu 25 Thlr. Geldbuße verurtheilt worden. — Ueber die Ermordung des Staatsanwalts Labe in Wien erhält die „Volkszeitung“ von dort noch nachstehende Mittheilungen: „Ein trauriges Ereigniß der abentheuerlichsten Brutalität hat sich hier zugetragen, schreibt man dem Berliner Blatt. Der Verweser der Staatsanwaltschaft, der Kreisrichter Labe, ein Mann wie unser gesamtes Gerichtspersonal von der äußersten Humanität, ist in seinem Bureau ermordet worden. Die Frau des Arbeiters Stanislawski war Vormittags wegen Diebstahls im Rückfall zu neun Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Nachmittags gegen 4 Uhr begab sich nun der genannte Arbeiter, ein wilder und wüster Mensch, der fast die Hälfte seines Lebens im Zuchthaus zugebracht, zuerst nach Nr. 1 in unserm neuerbauten, sehr ansehnlichen Gerichtsgebäude, um daselbst den Untersuchungsrichter Pieonta aufzusuchen, fand ihn aber nicht mehr anwesend, weil er wenige Minuten zuvor, um eine Verhandlung außerhalb aufzunehmen, sich entfernt hatte. Er stieg nun zwei Treppen höher, woselbst sich das Zimmer des Staatsanwalts befindet, fand diesen anwesend und verlangte von ihm die Freilassung seiner Frau, und als ihn dieser in der freundlichsten Weise zurechtwies, stürzte er sich über ihn her und versetzte ihm einen Stich in die linke Seite, einen zweiten Stich parirte derselbe, wodurch ihm aber der Arm von unten bis oben aufgeschlitzt wurde; und als jetzt Leute aus dem Nebenzimmer zur Hilfe kamen, lief er die Treppe hinab und noch einmal nach dem Zimmer des Untersuchungsrichters, auf den das Attentat eigentlich abgesehen war, und den er nunmehr anwesend wahrte; hier wurde er festgenommen. Die höhnlichsten und brutalsten Worte gegen den Gemordeten, gegen das Gerichtspersonal, gegen das umstehende Publikum ausstehend, wurde er nach dem Gefängniß gebracht. Nachts um 1 Uhr ist der Staatsanwalt in Folge der empfangenen Stichwunde gestorben.“

#### Oesterreichische Monarchie.

**Wien, 3. Juni.** Die „N. Fr. Presse“ veröffentlicht den definitiv vereinbarten, demnächst im Reichsrath und im

„So, ist sie das“, sagte Agnes in nachdenklichem Tone. Leonhard öffnete sein Buch und fing an, die Blätter umzuwenden. „Und ihr Name ist Rosamunde“, fuhr Agnes fort, indem die Arbeit noch immer unberührt auf ihrem Schooße lag. „Rosamunde, Rosamundi, Rose der Welt.“ „Ja so ist“, sagte Leonhard leise, „Rose der Welt“, und träumerisch diese Worte lächelnd und mehrmals wiederholend, schlug er das Buch zu und lehnte sich mit geschlossenen Augen — ein Lächeln auf den Lippen — in seinen Stuhl zurück. (Fortsetzung folgt.)

**Karlruhe, 3. Juni.** Am Pfingstsonntag wurde in der St. Vincenzkapelle hierseits eine Messe für weibliche Singstimmen mit obligater Orgelbegleitung von Ritter v. Reurom aufgeführt. Die Leitung hatte Hr. Musiklehrer Kappner übernommen.

Die Arbeiten an der neuen Oper zu Paris sollen in der nächsten Woche vorderhand eingestellt werden, und zwar aus Mangel an Mitteln. Es scheint, daß die für 1868 und 1869 angewiesenen Gelder bereits erschöpft sind. Wenn die Regierung jedes Jahr 4 Millionen Franken auf die Arbeiten verwenden könnte, würden dieselben innerhalb 4 Jahren vollendet werden können.

Hätten die Hauptlinge Theodor's (so berichten englische Blätter) nach dem Befehl desselben einen Angriff auf das englische Lager bei Nacht, anstatt am Tage, versucht, dann wäre Sir Rob. Napier im Stand gewesen, die Wirksamkeit eines neuen Apparates zur Erzeugung von elektrischem Licht zu erproben, der in großem Maßstab so konstruirt war, daß die Engländer im Schatzen blieben, während die Abesnier der ganzen Helle des Magnesiumlichts auf eine Entfernung von 600 Ellen ausgeleuchtet gewesen wären und außer der dadurch bewirkten Verwirrung den Engländern eine sichere Zielscheibe geboten hätten.

ungarischen Landtag einzubringenden Wehrgegesetzentwurf, dessen Einzelbestimmungen zumeist bekannt sind. Die Kriegsmacht des Heeres wird, unbefehdet der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung, für die nächsten zehn Jahre auf 800,000, die der gesamten Landwehr auf 200,000 Mann festgesetzt. Die Landwehr untersteht administrativ dem Landesvertheidigungs-Minister, militärisch dem Landwehr-Oberkommandanten; in Kriegszeiten dem Feldherrn. Der Reichskriegsminister wird jederzeit über Stand, Ausrüstung und Dislokation der Landwehr Kenntniß erhalten.

**Wien, 3. Juni.** Die „N. Fr. Presse“ schreibt: Im Abgeordnetenhaus hat heute die Finanzdebatte begonnen, und allem Andern zuvor wendet sich ihr das allgemeinste Interesse zu. Hr. Senec, der Berichterstatter der Ausschussmajorität, hat die Verhandlung mit einem langatmigen, die sattham bekannten Bankrottargumente rekapitulirenden Exposé eröffnet; nach ihm wird als Referent der Minorität Abg. Banhans zu Worte kommen, und hierauf dürfte, ehe die Generaldebatte eröffnet wird, der Finanzminister den Standpunkt der Regierung darlegen. Die Diskussion wird allem Anschein nach nicht auf die zwei aus dem Schoß des Ausschusses hervorgegangenen Anträge beschränkt bleiben. Von Seite des Zentrums wird, wie man hört, durch den Abg. Baron Petrino der Antrag gestellt werden, in der Finanzfrage provisorische Verfügungen für die Periode bis 1869 zu treffen, unter Zugrundelegung einer provisorischen Couponsteuer von 25 Proz. Sollte dieser Antrag abgelehnt und das Votum der Minorität angenommen werden, dann trägt sich ein Theil der Abgeordneten des Großgrundbesitzes im Zentrum angeblich mit dem Gedanken einer Mandatsniederlegung en masse. Hoffentlich hat man es hier nur mit einem Schreckschuß zu thun. Von Seite des Abg. v. Berger wird ein Antrag eingebracht werden, nicht von einer Zinsreduktion, sondern von einer Couponsteuer-Erhöhung auf 25 Prozent zu sprechen. Die Debatte scheint große Dimensionen annehmen zu wollen; an zwei Duzend Redner sind eingezeichnet.

**Wien, 3. Juni.** Im Abgeordnetenhaus konstatirte — in Fortsetzung der Debatte über die Finanzvorlagen — Minister Berger, nachdem Senec die Angriffe der ministeriellen Presse zurückgewiesen, die Unabhängigkeit der Presse, welche gegen die Anträge der Majorität geschrieben. Hierauf erstattete Banhans den Bericht der Minorität des Finanzausschusses, welcher eine zwanzigprozentige Couponbesteuerung beantragt. In der Generaldebatte sprachen für die Majoritätsanträge: Wichhof und Korb, gegen dieselben: Pratobervera, Dürheim und Lippmann. Die Debatte wird morgen fortgesetzt.

**Wien, 3. Juni.** Gutem Vernehmen nach hat sich die Regierung mit den maßgebenden Persönlichkeiten im Abgeordnetenhaus über folgenden Finanzplan geeinigt, für den sie eine Majorität von 15–20 Stimmen zu erlangen hofft. Das Jahresdefizit ist bekanntlich auf 50 Mill. veranschlagt. Davon werden 21 Mill. durch eine Couponsteuer von 20 Prozent bestraft — der ursprüngliche Antrag der Regierung ging nur auf 17 Prozent — 5 Mill. werden durch eine Erhöhung der Einkommen- und Erwerbsteuer eingebracht, und der Rest von 25 Mill. wird durch eine Anleihe bedeckt, welche aus dem Erlös des Staatsgüter-Verkaufs zurückzahlen ist.

Der Protest Roms gegen die konfessionellen Gesetze ist wirklich übergeben worden, und zwar noch an dem Tag der Publikation dieser Gesetze.

#### Schweiz.

**Frauenfeld, 1. Juni.** In Folge einer von Hrn. Andewert im Großen Rath des Kantons Thurgau gestellten Interpellation, die Angelegenheit der Seethalbahn betr., schreibt das hiesige „Amtsblatt“:

Das Departement des Aeußern machte am 23. v. M. dem Regierungsrath die Mittheilung, daß der schweizerische Bundesrath in Bezug auf die projektirte Erstellung der herwärigen Seethalbahn behufs Regulirung der Anschlußverhältnisse mit der Groß. badischen Regierung Unterhandlungen eröffnet habe, diese aber wesentlich deshalb erfolglos geblieben seien, weil der Bundesrath sich nicht auf eine Verhandlung über die lediglich in Frage stehende Linie beschränkt, sondern für einmal das Begehren gestellt habe, daß gleichzeitig ein allgemeines Anschlußrecht für schweizerische an badische Linien unbedingt oder für eine bestimmte Zeit gewährt werde, die Groß. badische Abordnung dieses aber abgelehnt habe. Gleichzeitig legte das benannte Departement den Entwurf eines Schreibeens an den Bundesrath vor, welches zur Zirkularprüfung verwiesen wurde. In heutiger Sitzung kam die Angelegenheit daher zur eigentlichen Verhandlung. Da das begehrete Vorgehen dem am 11. Febr. abhin von dem herwärigen Großen Rathe gefaßten Beschluß, sowie auch wohlverstandenen herwärigen Interessen nicht entspricht, und mindestens geeignet ist, den sonst nahe liegenden Bau der Seethallinie auf längere Zeit zu verschieben, und da es hienach angemessen ist und selbst als eine Pflicht erscheint, die Bundesbehörden unter Berufung auf den § 7 des Bundesgesetzes über den Bau und Betrieb von Eisenbahnen vom 28. Juli 1852 um genauere Beachtung der sachbeglühenden Beschlüsse des Großen Rathes anzugehen, wurde beschlossen, den Bundesrath zu ersuchen, die weitem beschlühenden Unterhandlungen mit der Groß. badischen Regierung auf die Anschlußverhältnisse, soweit sie die Seethalbahn betreffen, zu beschränken und von weiteren Begehren Umgang zu nehmen, im Besonderen aber jeden Verzug zu verhüten, sowie darauf Bedacht zu nehmen, daß die Konzeption noch in der eben bevorstehenden Sitzung der Bundesversammlung zur Erledigung gebracht werden kann.

**Bern, 3. Juni.** Der „Bund“ schreibt: Oeffentliche Blätter des In- und Auslandes haben jüngst berichtet, daß unter den in der Schweiz lebenden Polen eine starke Bewegung stattfinde und viele die Schweiz verlassen, um sich mit Pässen der österreichischen Grenzschaff nach Galizien zu begeben. Das Justiz- und Polizeidepartement theilt nun aber dem Bundesrath mit, daß ihm darüber nicht nur nichts zur Kenntniß gekommen, sondern hohe Wahrscheinlichkeit vorhanden sei, daß diese Gerüchte auf bloßer tenzenziffer Erfindung beruhen, wie die gleichzeitigen Nachrichten über neue

Aufstandsversuche in Polen. Wir fügen bei, daß sich die „Wien. Ztg.“ Vorstehendes auf telegraphischem Weg eigens melden ließ.]

Der Bundesrath hat beschlossen, den am 11. April leztthin in Berlin abgeschlossenen Postvertrag mit Deutschland der Bundesversammlung zur Genehmigung vorzulegen. Das Postdepartement ist ermächtigt, zur Ausführung des Vertrages auf 1. Sept. 1868 vorläufig die erforderlichen Anordnungen zu treffen, insbesondere mit den Postverwaltungen der süddeutschen Staaten über die direkten Postverbindungen und anderweitige Verhältnisse des Grenzpostverkehrs die nöthigen Vereinbarungen vorzubereiten.

#### Italien.

**Florenz, 30. Mai.** (Köln. Ztg.) Die Hh. Pasolini und Martinego sind wieder hier eingetroffen, und es stellt sich nun heraus, daß offiziöse Dementis, die in allen Blättern zu lesen gewesen und nach welchen die genannten Herren in Rom keinerlei Sendung gehabt hätten, vollkommen falsch waren. Pasolini und Martinego haben wirklich den Auftrag gehabt, zu versuchen, ob nicht eine Verständigung zwischen Rom und Italien bezüglich der obshwebenden Fragen, insbesondere der Staatsschulden-Frage, zu bewerkstelligen wäre. Der Versuch ist mißlungen. Italien will nicht zahlen, so lange die französische Besatzung im Kirchenstaat bleibt, und der Kaiser mag seine Truppen nicht abberufen, so lange der Papst und Italien nicht ein Uebereinkommen getroffen haben, das die Anwesenheit der französischen Truppen in Rom unnöthig macht. Mit anderen Worten: Der Eine schiebt die Verantwortlichkeit auf den Andern, und die päpstliche Kasse bleibt einseitig leer; doch hat Frankreich, wie es scheint, einige Vortheile gemacht. Wegen der kirchlichen Körperschaften in der Lombardie, deren Existenz durch den Züricher Vertrag gesichert war, hat man von der Regierung das vage Versprechen erhalten und sich damit begnügt, daß die Regierung sich bemühen werde, den Zustand dieser Körperschaften in der Lombardie jenem in den anderen Provinzen gleich zu machen.

**Von der italienischen Grenze, 31. Mai.** (Allg. Ztg.) Korrespondenzen in Wiener Blättern hatten angegeben, daß Frankreich während des ökumenischen Concils seine Truppen im Kirchenstaat zum Schutz der Versammlung beträchtlich zu verstärken beabsichtige. Die „Opinione“ ist ermächtigt, dagegen zu erklären: daß Frankreich nicht nur diese Absicht nicht habe, sondern es sei vielmehr wahrscheinlich, daß dasselbe seine Truppen vor dem Zusammentritt des Konzils vollständig zurückberufen werde. — In letzten Monat Februar betrug die Summe der verfallenen direkten Steuern 193,391,164 L., worunter 57,805,655 L. Rückstände; hiervon wurden wirklich bezahlt nur 113,909,425 L., so daß die Gesamtsumme rückständige auf 79,481,739 L. gestiegen sind. — Großes Aufsehen macht die Verhaftung des Bankiers Genaro, der noch bis vor wenigen Tagen als Deputirter für Eusa im Parlament gesessen hatte. Ein Angestellter desselben war vor einiger Zeit wegen Banknotensfälschung eingezogen worden, und im Lauf der Untersuchung ergab sich Verdacht, daß auch Genaro an dieser großen Fälschung theilhaftig sei. Genaro bekam Andeutungen davon, verlangte deshalb seinen Austritt aus der Kammer, und wollte sich eben selbst dem Gericht stellen, als er in seiner Wohnung verhaftet wurde. Es wurde Hausdurchsuchung bei ihm vorgenommen, und die Gerechtigkeit wird ohne Rücksicht auf die Person ihren Lauf nehmen.

#### Frankreich.

**Paris, 2. Juni.** (Köln. Ztg.) Dieser Tage wird eine Maßregel ausgeführt werden, die mit Sicherheit auf friedliche Absichten schließen läßt. Man will nämlich alle nur irgendwie verfügbare Artillerie- und Kavalleriepferde den Landbevölkerungen während der Ernte in Pension geben. Diese Maßregel wurde im Ministerrath vom letzten Samstag beschlossen, und selbst der Marschall Niel gab ihr seine Zustimmung. — Die neue Anleihe soll sofort ausgeben werden. Es scheint, daß der Finanzminister sich damit begnügen wird, sie vor der Hand von dem Gesetzgeb. Körper votiren zu lassen. Er wird mit derselben erst vor das Publikum treten, wenn die Börsenkurse sich noch besser gestaltet haben. Daß dieselben noch mehr in die Höhe gehen müssen, dafür soll er sorgen. — In dem an dieser Stelle zuerst veröffentlichten Annuitätedekrete des Königs von Preußen vom 3. Mai d. J. für die Mitglieder der Westfalen war der Termin nicht näher bestimmt worden, an welchem die Berechtigung zur straflosen Rückkehr jener hannoverschen Emigrirten erlöschen sollte. Da aber doch eine solche Bestimmung in nähere Aussicht genommen worden, so ist man augenblicklich mit der Festsetzung des Endtermins der Annuität beschäftigt, der wahrscheinlich auf den 1. Juli fixirt werden dürfte.

**Paris, 3. Juni.** Sitzung des Gesetzgeb. Körpers vom 2. Juni.

Gestern wurde die Gesetvorlage über die neuen Taxen für Beförderung von Privattelegrammen beraten, und nachdem eine lange Reihe von Amendements abgelesen worden waren, in seiner ursprünglichen Form mit allen (215) Stimmen angenommen. 25 der anwesenden Abgeordneten, worunter Berryer, Kérveguen, Pouyer-Quertier und Thiers, entschieden sich der Abstimmung. Das neue Gesetz lautet:

Art. 1. Vom Tag der Promulgation des gegenwärtigen Gesetzes an wird die Taxe für telegraphische Korrespondenzen zwischen zwei Bureaus eines und desselben Departements für die Depesche bis zu 20 Worten auf 50 Centimes festgesetzt.

Art. 2. Vom 1. Nov. 1869 an wird die Taxe für telegraphische Korrespondenzen zwischen zwei Bureaus des Kaiserreichs überhaupt, mit Ausnahme des im vorstehenden Artikel vorgesehenen Falles, für die Depesche bis zu 20 Worten auf 1 Franken festgesetzt. Ein Kais. Dekret kann die Anwendung dieses Artikels nach vor dem 1. Nov. 1869 eintreten lassen.

Art. 3. Die in den beiden vorangehenden Artikeln festgestellten Taxen werden um die Hälfte für je eine weitere Folge von zehn Worten erhöht.

Art. 4. Eine Vollzugsverordnung wird die geeigneten Maßregeln

festsetzen, um bei Selbstendungen durch die Post den Telegraphen mitwirken zu lassen.

Unter den verschiedenen Amendements ist das von Glais-Bizoin zu erwähnen, welches den Normalpreis für Telegramme zwischen zwei französischen Bureaus auf 20 Centimes herabzusetzen verlangt. Frankreich werde alsdann, meinen Glais-Bizoin und Picard, an der Spitze wenigstens der telegraphirenden Nationen stehen, und das sei doch immerhin Etwas, zumal wenn es in Bezug auf die politischen Freiheiten die Demüthigung über sich ergehen lassen müsse, so ziemlich in der letzten Reihe zu stehen. Minister Pinard kann so etwas nicht hinnehmen, und ist überzeugt, daß die Kammer, eben so wie er, der Minister, eine solche Behauptung als eben so ungerecht wie unpatriotisch ansehen werde. (Zeichen der Zustimmung.) Der Materielle Fortschritt des Amendements tritt Pinard durch den Nachweis entgegen, daß jede Depesche, für welche nach Glais-Bizoin, das Publikum nur 20 Centimes zahlen soll, die Regierung auf 35 Cent. zu stehen kommt. Glais-Bizoin rächt sich durch einen heftigen Ausfall gegen das imperialistische System überhaupt und seine allzu willkürlichen Diener. Schon das erste Kaiserreich habe der Welt das Schauspiel der allgemeinen Erniedrigung der Sitten gegeben, so zwar, daß es die Großwürdenträger und der konservative Senat gewesen, welche die Abfertigung ihres Abgottes, als der Verletzung der Freiheiten schuldig, verlangt hätten, während sie doch selber durch ihre lange Servilität sich zu Mitschuldigen dieser Verletzung gemacht gehabt hätten.

Der Zwischenfall schließt mit „Lärm und Unruhe“ ab.

\* Paris, 3. Juni. Der „Moniteur“ kommt nun heute wieder auf seine ursprüngliche Lesart zurück und erklärt, daß der „amour du bien“ von gestern ein Druckfehler war. Man hat also nun endlich die offizielle Gewißheit, daß der Kaiser in seiner Antwort auf die Ansprache des Erzbischofs von Rouen gesagt hat: „No separans jamais l'amour de Dieu de l'amour de la patrie“.

Der kl. „Moniteur“ theilt folgende, dem Ministerium des Auswärtigen zugegangene telegraphische Depesche aus Tunis, 30. v. M., mit:

Der französische Generalkonsul an den Minister des Auswärtigen. Der Khaznadar ist diesen Morgen in Uniform und in Begleitung des Kaso zu mir gekommen, um mir die Ratifikation des Bey zu überbringen. Ich habe meine Flagge wieder aufgehängt und meine Beziehungen von der tuncs. Regierung wieder aufgenommen. — Gezeichnet: De Botmilieu.

Der kl. „Moniteur“ berichtet über die Eröffnung der Marineausstellung in Havre. Diefelbe trug einen feierlich-administrativen Charakter. — Dem „Journ. de Paris“ zufolge wäre in einigen diplomatischen Kreisen die Rede davon, daß der französische Gesandte in St. Petersburg, Hr. v. Talleyrand, nächstens zu andern Funktionen berufen werden soll. Im Personal der französischen Gesandtschaften in Deutschland sollen ebenfalls verschiedene Veränderungen vorgenommen werden.

Der kl. „Moniteur“ meldet, daß heute unter Vorsitz des Kaisers eine Sitzung des Ministerraths stattgefunden hat. Die „Patrie“ aber, welche besser unterrichtet sein will, behauptet, die Ministerraths-Sitzung habe wegen einer leichten Unpäßlichkeit des Kaisers nicht stattgefunden. Denselben Blatt zufolge ist die Reise des Hofes nach Fontainebleau auf nächsten Montag festgesetzt. Der Kaiser beabsichtigt, gegen den 20. v. M. dem Lager von Chalons einen Besuch zu machen. Er wird von Fontainebleau dahin abgehen und nur zwei bis drei Tage dort zubringen.

Durch Privatdepesche aus Konstantinopel erfährt die „France“, daß die Krankheit des Vizekönigs von Egypten sich plötzlich bedeutlicher gestaltet hat und daß er deshalb seine Reise nach Ems vorerst noch nicht unternehmen kann. — Rente 70.65, Cred. mob. 290, ital. Anl. 52.75.

\* Paris, 3. Juni. Bekanntlich hat die Deutung, welche der „Constitutionnel“ der Thronrede des Königs Wilhelm beim Schluß des Zollparlaments gab, sehr entschiedene Rückwirkungen auf den Nord. Allg. Ztg. und besonders der „Kreuz-Ztg.“ veranlaßt. Darauf erwidern dann wieder „Constitutionnel“, „Patrie“, „Sicde“ u. s. w. meist in sehr empfindlichem, zum Theil selbst chauvinistischem Ton, wie denn dieser Ton überhaupt mit der Entwicklung der französischen Militärreorganisation sich wieder mehr und mehr herauszubilden scheint. Anders der „Temps“, der bekanntlich von jeher ein besseres Verständniß für die deutschen Dinge gezeigt hat. Der „Temps“ (Hr. Neffher) findet es ganz natürlich, daß die Berliner offiziöse Presse gegen die Ausdeutung des „Constitutionnel“ entschiedener Verwahrung einlegt. Die preussische Auffassung sei die, daß die deutsche Einheit durch den Prager Vertrag durchaus nicht ausgeschlossen, sondern im Gegentheil durch den Art. 4 dieses Vertrags gewahrt sei. Wenn dieser Artikel bis jetzt noch keine Anwendung gefunden habe, so liege das lediglich darin, daß die Südstaaten noch nicht den Wunsch geäußert haben, sich mit dem Nordbund durch ein engeres politisches Band zu verknüpfen. Preußen wolle sie nicht drängen, es werde sie erwarten; aber an dem Tag, wo sie sich aussprechen, werde es sie aufnehmen, ohne sich um's Ausland zu kümmern, und zwar indem es behaupte, daß es auf dem Boden des Prager Vertrags geblieben ist. Diese Auslegung sei durchaus nicht neu, sie gehe aus den Worten des Hr. v. Bismarck hervor, jedesmal wenn er sich über die deutsche Frage ausgesprochen habe. Wir erinnern übrigens daran — fügt Hr. Neffher hinzu —, daß unsere Regierung im voraus die Sprache der preussischen Blätter ratifizirt hat, indem sie sich in dem Rundschreiben des Hr. v. Lavallette in der ausbrüchlichsten Weise zur Theorie der großen Agglomerationen bekannte. Aber was auch augenblicklich ihre Ansichten sein mögen, der bedauerlichste und ungeschickteste Beweggrund zur Intervention wäre sicherlich die Umarmung Deutschlands zu hindern, sich seinem Wunsch gemäß zu organisiren. Eine jede Umarmung dieser Art würde unvermeidlich das beschleunigen, was sie hindern wollte.

#### Amerika

\* New-York, 23. Mai. (per „City of Paris“.) Im Repräsentantenhaus dauert das von den Leitern der Anlage angestellte Zeugenhör wegen angeblicher Bestechung noch immer fort. Die republikanische Konvention von Chicago

hat eine ganze Reihe von Resolutionen passirt, in denen sie sich zu Gunsten der Gewährung unparteilichen Stimmrechts von Seiten des Kongresses für alle loyalen Angehörigen der ehemaligen Rebellenstaaten ausspricht und die Stimmrechtsfrage in den loyalen Staaten durch das Volk dieser Staaten selbst geordnet zu sehen wünscht, ferner Gleichheit in der Besteuerung, Ermuthigung zur Auswanderung, Bekämpfung offizieller Bestechungen, und Zahlung der Staatsschuld in Uebereinstimmung mit dem Geist des Gesetzes, unter welchem sie kontrahirt wurde, befürwortet, aber jede totale oder theilweise Repudiation verwirft. Ferner nahm die Konvention Resolutionen an, welche die Handlungsweise des Präsidenten verdammen und den Prozeß gegen ihn gutheißen, die Nothwendigkeit der Beschützung naturalisirter Bürger hervorheben, und Bekämpfung des Verhaltens von Großbritannien und andern Staaten, welche das Recht der Expatriation nicht anerkennen, fordern.

#### Baden

Heidelberg, 3. Juni. (Heidelb. Ztg.) Die Versammlung mittelrheinischer Aerzte fand gestern dahier unter lebhafter Theilnahme statt; es mochten sich vielleicht 150 Festgenossen eingefunden haben, welche den gefrigen Tag in gegenseitigen Austausch wissenschaftlicher Ansichten und unter Erneuerung freundschaftlicher Beziehungen vergnügt zubrachten. Die wissenschaftliche Sitzung begann gegen 12 Uhr, und traten in derselben 9 Redner auf, so daß das gemeinschaftliche Mahl erst nach 3 Uhr seinen Anfang nahm. Unter ernstlichen und heiteren Toasten, unter denen besonders ein, von dem Verfasser des Strawelpetres, Hr. Dr. Hoffmann, ausgebrachter humoristischer Inhalts allgemeinen Anklang fand, verstrich die kurze Zeit des Beisammensitens nur allzu schnell und der Abend führte die auswärtsigen Festgenossen fast sämmtlich ihrer Heimath wiederum zu.

Vom Oberrhein, 2. Juni. Den nächsten Monat werden die Abgeordneten der böhmischen Nation nach Konstanz kommen, um am 6. Juli d. J. den Todestag des Johannes Hüb, welcher am 6. Juli 1415 in Konstanz verbrannt worden ist, auf dem Platz selbst zu feiern.

Billingen, 2. Juni. (Bad. Vdsz.) An der Kanalisierung der hiesigen Stadt wird auch in diesem Jahr wieder thätig gearbeitet. Das bedeutende Unternehmen, wozu noch die Herstellung einer neuen Brunnenleitung gehört, wird bis Ende dieses Sommers ganz vollendet sein. Die nächste Umgebung der Stadt gestaltet sich immer freundlicher. Nachdem der äußere Thurm am Videnthor abgebrochen, wurden auf der ganzen Ostseite der Stadt an der Stelle der früheren Wälle und Gräben hübsche Anlagen mit sorgfältig gepflanzten Bäumen und Gesträuchen hergestellt. Auch der noch übrige südwestliche Theil der ehemaligen Festungsgräben und Wälle wird in diesem Sommer noch ausgehoben und in hübsche Anlagen verwandelt werden. Nach Umfluß einiger Jahre, wenn die Bäume und Gesträuche der Anlagen sich einigermaßen entwickelt haben werden, wird man um die hiesige Stadt Spaziergänge haben, wie man sie bei kleineren Städten wohl nur selten trifft.

#### Vermischte Nachrichten

— Eppingen, 3. Juni. (Hdb. Ztg.) Letzten Donnerstag feierte der 75 Jahre alte Bürger Hofmann in seiner 71jährigen Ehefrau das schöne und seltene Fest ihrer goldenen Hochzeit.

— Heidelberg, 2. Juni. (Heidelb. Z.) Gestern Mittag erkrankte der 14jährige Sohn des Meyers Hofmann in der Schwimmschule. Derselbe begab sich ohne des Schwimmens kundig in das große Bassin. Erst heute früh gelang es, die Leiche zwischen dem Gebälk wieder aufzufinden.

— Mannheim, 3. Juni. (Mannh. Z.) Heute Nachmittag ist ein Knabe beim Baden im Neckar ertrunken.

— Von Lauda berichtet die „Lauber“ von einer müthigen That. Am 29. v. M. badete daselbst der 16jährige Sohn des Baliers Rebel mit Kameraden in der Lauber unweit dem Bahnhof, geriet in die Tiefe und war dem Ertrinken nahe. Der am Bahnhof beschäffigte Maurer Hr. K. Korne rettete den Knaben in der Weise, daß dieser an einer dargelegten Stange auf's Land gebracht wurde. Durch diese Operation kam aber der Rettende, der selbst tief im Wasser war, noch tiefer in dasselbe hinein, so daß man ihn schließlich nur noch die Hand in der Höhe halten sah. Die Umstehenden, vielleicht 40 an der Zahl, machten Eilm; keiner aber getraute sich an die gefährliche Stelle des Flusses, die man „Kändler's Gumpen“ heißt. Der ebenfalls am Bahnhof beschäffigte Wagner Karl Hartmann von Lauba eilte mit Andern auch dahin, stürzte sich als müthiger Soldat — er ist Einzelsteh bei der Festungsartillerie in Nassau — in's Wasser und brachte den Verunglückten zwischen seinen Beinen aus der Tiefe hervor. Korn gab kein Lebenszeichen mehr von sich. Man holte den Arzt, in dessen die Leute mit Gras und Kleidungsgütern die Haut auf der Brust des anscheinend Entseelten förmlich wusch und rieben, und so kam dieser endlich wieder zu sich, muß aber noch immer ärztlich behandelt werden.

— In Wimpfen wurde in voriger Woche beim Graben eines Fundaments auf der Bahnlinie von mehreren Arbeitern ein Knochen zu Tage gefördert, den Sachverständige sofort als einen Stoßzahn eines Mamuths erkannt haben. Dieser Zahn wiegt 170 Pfund, ist 3' 7" hoch, Maß lang und noch ganz gut erhalten. (W. Staatsanz.)

— Die bayerische Regierung hat die Vorkehrung getroffen, daß solchen Ausländern, welche mittellos oder sonst hilflosbedürftig sich in Bayern aufhalten und in ihre Heimath zurückkehren gedanken, freie Fahrt auf der bayerischen Staatsbahn gewährt werden kann, sobald eine die Thatsache des Bedürfnisses konstatirende Empfehlung Seitens der betreffenden fremden Gesandtschaft erfolgt.

— Frankfurt, 3. Juni. (Fr. Z.) Bei dem großen Brand in Mannheim ist der „Deutsche Psöwir“ mit etwa 30,000 fl. betheiligt, von welcher Summe über 1/3 rückversichert sind.

— Dresden, 2. Juni. Der am ersten und zweiten Pfingstfesttag hier abgehaltene dritte deutsche Schriftstellertag war von 70-80 Theilnehmern besucht. Von bekannteren Schriftstellern befanden sich darunter Alfred Meißner aus Prag, Hermann Schmidt aus München, Theodor Weßel aus Hamburg, Karl Herzmig aus Berlin, Robert Duboc von Dresden, Karl Silberstein aus Wien, und die Schriftstellerinnen Elise Schmidt, Anna Köhn, Marie Norden, Klara v. Glümer u. s. w. Die Verhandlungen bezogen sich auf die Lantiere und die Regelung der Bühnenbürger zu den Direktoren, auf das schriftstellerische Eigenthum, auf den Schutz gegen den Nachdruck. Auch an

Bestlichkeiten fehlte es nicht, so an einem großen, durch Trinksprüche gewürzten Festmahle.

— Vom 1. bis 4. Sept. d. J. findet in Hamburg die 15. Versammlung deutscher Architekten und Ingenieure statt. Mit derselben wird zugleich eine Ausstellung von Plänen, Entwürfen, Modellen und sonstigen in das Baufach gehörenden Gegenständen verbunden.

— Der Stadtgerichts-Präsident Krüger erschien am Morgen des ersten Pfingstfesttages gegen 10 Uhr im Berliner Schulbegängniß und entließ nach einer kurzen Ansprache die sämmtlichen Inhaftirten (deren Zahl 59 ausmachte) bis auf 8, die des Sicherheitsarrestes wegen zurückbleiben mußten.

— Wien, 2. Juni. Von Seiten der kaiserl. Familie sind jüngst silberne Service im Werth von 50,000 fl. an die beiden Advokaten abgegangen, welche die Verteidigung des Kaisers Maximilian geführt und welche jede Belohnung in Geld abgelehnt haben. Gleichzeitig hat der Reichsvater des verurtheilten Kaisers ein kostbares Pectorale erhalten.

— Julie v. Bergeny hat beim Antritt ihrer Strafe die Aeußerung gethan, die Oberin in Reudorf (hiesige Strafanstalt steht unter der Leitung und Verwaltung von Nonnen) werde mit ihr zufrieden sein. „Ich will — sagte die ehemalige Stiftdame zu ihren Gefängnisgenossinnen — recht fromm werden, ich will jeden Tag fleißig beten, und nach einigen Jahren wird die Oberin einen Begnadigungsantrag stellen können.“

— Venedig, 29. Mai. (Sch. M.) [Das 4. italien. Nationalatlaschießen, 24.—31. Mai.] Das erste italienische Nationalatlaschießen wurde im Jahr 1861 in Turin gehalten, das zweite im Jahr 1863 in Mailand, und das dritte zwei Jahre später in Florenz. Diese drei ersten Schießen liefen sehr befriedigend ab, während das jetzige vierte in vielen Beziehungen den Vorläufern zurücksteht, und allem Anschein nach diese neue Einrichtung in wenigen Jahren den Charakter eines Militärschießens annehmen wird, dem sich nur wenige Bürgerliche anschließen werden. Die 72 italienischen Infanterieregimenter sandten je 3 Vertreter, desgleichen die 8 Grenadierregimenter, die 36 Schützenbataillone und die Eresoldaten. Die Nationalgarde, auf 100 italienische Städte vertheilt, sandte 300 Vertreter. Die Schießstätte befindet sich auf dem Marsfeld; sie stellt ein offenes Feld dar, das weder von den Seiten, noch von der Höhe vor dem blendenden Sonnenlicht gedeckt ist. Nur ganz starke Augen können Vormittags den Sonnenglanz auf den Scheiben und Nachmittags die Sonne über denselben ertragen. Gegen 4 Uhr hüllten sich die Scheiben in einen nebeligen Flor, von 5 Uhr an sind kaum noch die Signale, rothe und blaue Fahne, zu unterscheiden, obgleich der Abstand nur 200 Meter beträgt; gegen 6 Uhr steht die Sonne hart über der Schießstätte, so daß der Schütze gleichsam zwei Scheiben übereinander sieht. Vom Standpunkt eines Soldatenschießens müssen diese nicht zufälligen Umstände ganz in der Ordnung erscheinen, im Krieg muß der Soldat das Licht nehmen, wie es eben ist, und muß selbstverständlich auf jede Bequemlichkeit verzichten; abgesehen jedoch eine starke Abweichung von den schweizerischen Schützenfesten, die Vergnügen und Bequemlichkeit mit ihren Übungen vereinen. Deshalb auch die schwache Betheiligung der deutschen Schweizer; nur 10 kamen von jenseits der Alpen und weit weniger Tyroler als zu erwarten waren, und auch diese weniger ertragen mit Schwermüdigkeit die außerordentliche Hitze, die seit Beginn des Schießens hier zwischen 33—34° Celsius schwankt; gestern 33,80° C. Auf 50 Scheiben ist nur der italienische geogene Ordnungsscharnier, Hinter- oder Vorderlader, gestattet; auf 27 Scheiben geogener Stutzen, der von irgend einem Staat als Kriegswaffe benutzt wird. Die Gesamtzahl von 77 Scheiben entspricht dem Bedürfnis nicht; kaum gelang es in einer Stunde 12 Mal zu feuern. Die italienischen Hinterlader (preuss. Zündnadelgewehr) bewährten sich gut, auf den Schnellfeuerer Scheiben wurden bis 12 Schüsse mit 9 Treffern per Minute erreicht, auf den gewöhnlichen Scheiben stehen sie an Sicherheit den Vorderladern nicht nach. Bei der Kategorie Schnellfeuer kann der Bürgerliche kaum zu kommen, da dieselben stets von einer Abtheilung Soldaten besetzt sind und somit selbstverständlich sämmtliche Gewinne diesen zufallen; auch in der Kategorie Italien ist der Soldat bevorzugt. Die Gesamtgewinne der 5 Kategorien betragen schon vor 3 Wochen 116,610 Fr. In den letzten Wochen sind noch weitere Gewinne eingelaufen. Beim Beginn des Schießens wurde der elektrische Telegraph als Signal für den betreffenden Zeiger angewandt, aber gleich am ersten Tag mußte nach jeder Stunde unterbrochen werden, da der Apparat sich beschädigte. Am zweiten Tag wurde das Schießen gänzlich eingestellt und die alte Manier mit Draht und Glocke eingerichtet.

— Man hat in Mailand einen großartigen Betrug entdeckt. Bekanntlich bezieht Italien aus Japan jährlich eine große Anzahl von Seidenwürmer-Eiern. Man hat nun in Mailand 20,000 Stück Tafeln aus Pappe, versehen mit den Originalzeichen der japanischen Erzeuger und auch mit der Originalverpackung, nur daß die Tafeln leer waren und erst mit italienischen Seidenwürmer-Eiern besetzt werden sollten, gefunden. Eine solche Tafel kostet aber 30 bis 35 Fr., und man ersieht daraus, daß es sich um keinen geringfügigen Betrug handelt.

— Paris, 1. Juni. (Köln. Ztg.) Was die starken Saferan = Käufe Frankreichs im Ausland anbelangt, so sind dieselben vollständig begründet, aber nur dadurch veranlaßt, daß letztes Jahr der Hafer in Frankreich vollständig misrathen ist, und fast alle Pferde nur mit fremdem, hauptsächlich deutschem Hafer gefüttert werden. Die kriegerischen Ideen haben mit diesem Anlaufen nichts gemein.

#### Marktberichte

Ergebnis des am 30. Mai und 2. Juni 1868 zu Billingen abgehaltenen Getreidemarktes.

Getreidegattung.	Verkauf.	Ganze Ver.	Preis	Ausschlag	Abschlag
Kern.	Str.	Summe.	per Str.	per Str.	per Str.
Korn	1065	8682 fl 51 fr.	8 fl. 9 fr.	— fl. — fr.	— fl. 2 fr.
Roggen	3	21 fl. 18 fr.	7 fl. 6 fr.	— fl. — fr.	— fl. 18 fr.
Gerste	2	14 fl. — fr.	7 fl. — fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.
Bohnen	43	249 fl. 12 fr.	5 fl. 47 fr.	— fl. — fr.	— fl. 1 fr.
Erbsen	—	— fl. — fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.
Weizenfrucht	48	267 fl. 44 fr.	5 fl. 35 fr.	— fl. — fr.	— fl. 23 fr.
Weizen	—	— fl. — fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.
Haber	152	825 fl. 36 fr.	5 fl. 26 fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.
Sparrsetze	—	— fl. — fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.	— fl. — fr.

Frankfurt, 4. Juni, 2 Uhr 19 Min. Nachm. Deffert. Kreditaktien 192, Staatsbahn-aktien 257, National 53 1/2, Steuerfreie 50 1/2, 1860r Loose 71, Deffert. Valuta 101 1/2, 4 Proz. bad. Loose 99, Amerik. Kaner 77 1/2, Gold unverändert.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. J. Fern. Kroenlein.

